

Gemeindliche Land- und Viehwirtschaftsbetriebe.

Die Deffentlichkeit beschäftigt sich immer mehr mit der Frage, wie für die großen Städte und Industriegebiete, die mit ihrer Lebensmittelversorgung täglich von der nahen und entfernten landwirtschaftlichen Umgebung abhängiger werden, diese kostspielige und entwürdigende Abhängigkeit gemildert werden könnte. Das beklemmende Gefühl, daß diese im Kriege deutlich gewordene Abhängigkeit auch im Frieden nicht schwinden und die Teuerung in den Städten dauernd ihren Sitz aufschlagen werde, läßt die Stadtbevölkerung nicht los und veranlaßt die bürgerliche Presse Deutschlands, sich mit den Möglichkeiten landwirtschaftlichen Betriebes durch Gemeinden zu befassen.

Die Teuerung hat schon, wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, auf dem ersten Deutschen Städtetag 1905 den verstorbenen Abgeordneten Paul Singer — nun kommt auch der einst so verlästerte Sozialdemokrat zu seinem Rechte — zu der Forderung veranlaßt, daß sich die Städte der Zucht und Mastung von Vieh in Absicht auf Gewinnung von Fleisch und Milch zuwenden sollen. Dem durch Kriegsnot geschärften Verstand leuchtet das früher Unverständliche ein. Indessen haben sich schon vor dem Kriege verschiedene Städteverwaltungen landwirtschaftlich betätigt, nebenbei auch Genossenschaften und Privatunternehmer zum Besten ihrer Mitglieder und Angestellten. So betreibt dort die Harpener Bergbauaktiengesellschaft seit etwa acht Jahren auf ehemalsigem Bodland im Emsgebiet eine Schweinemästerei, die jährlich 6000 bis 8000 schlachtreife Tiere liefert. Die Konsumgenossenschaft „Produktion“ in Hamburg, die unter der Leitung von Sozialdemokraten steht, hat sich 1911 ein eigenes Rittergut gekauft, auf dem sie Rinder, Schafe und Schweine züchtet und nebenbei einen tüchtigen Molkereibetrieb zu Gunsten ihrer Mitglieder unterhält. Unter den westdeutschen und süddeutschen Städten, die der Frage gleichfalls schon vor dem Kriege praktisch näher getreten sind, sind Dortmund und Karlsruhe zu nennen. Die Versuche anderer Städte, wie Charlottenburg und Potsdam, die Küchenabfälle für die Schweinemast zu verwerten, richten sich auf dasselbe Ziel der Eigenproduktion. Auch die Schöneberger Kaninchenzüchtereier fällt in das gleiche Gebiet.

Während des Krieges haben sich die Ansätze zur Selbstproduktion gemehrt. Hannover und Mainz haben größere Güter erworben. Frankfurt am Main hat eine eigene Schweinemastanstalt in Aussicht genommen. Um, das an kommunalwirtschaftlichem Unternehmungsgeist allzeit voran ist, will sich — nach den in der Arbeiter-Zeitung wiederholt geschilderten Versuchen in der Fleischversorgung — auch noch auf die Sühnerzucht legen, welchem freilich etwas gefährlichen Unternehmen wir mit besten Wünschen, aber viel Spannung hinsichtlich des Erfolges entgegensehen. Koblenz will Milchwirtschaft und Schweinemast betreiben.

Bei all diesen Unternehmungen kann es sich niemals um volle Versorgung handeln. Denn dazu wären Grundflächen von ungeheurer Ausdehnung nötig, die privatwirtschaftlich überhaupt nicht beschafft werden könnten. In der Regel wird Kontrolle der Preisbildung und Abwehr agrarischer Ringbildung der nächste Zweck sein. Dieser kann immer erreicht werden, wenn die Städte Großgrundbesitzungen erwerben und betreiben. Auf ihnen spielt das Wirtschaftstalent des Grundherrn ohnehin kaum je eine Rolle, sie werden auch sonst von Güterbeamten bewirtschaftet und eine tüchtige Bürokratie heranzuschulen und anzustellen verstehen am Ende die Stadtverwaltungen besser als die mehr oder minder hohen Herren vom Lande.

Die Großstädte insbesondere aber bringen auch einen besonderen Beruf zu gewissen landwirtschaftlichen Betriebszweigen mit. Sie sind vor allem die größten natürlichen Düngerefabriken, haben jedoch bisher diesen Wirtschaftswert sinnlos verschleudert oder ganz vergeudet. Wir erwähnen zunächst die Kieselwirtschaften, die von Haus aus nicht Selbstzweck, sondern Nebenbetriebe der Kanalisation sind. Ihre Erträge waren, wie der erwähnte Aufsatz von Berlin erzählt, anfänglich nicht gerade rühmlich. „Wenn man darauf hinwies, daß mit den Kieselwirtschaften etwas Nützliches zu schaffen sei, sofern man nur die Produktionsabsicht in den Vordergrund stellte, so stieß man auf Nasenrumpfen und Äschelzuden, denn die Produktion sei nun einmal Sache der privaten Hand. Erst als mit dem Ausbau der Schutzpolitik und der stetig wiederkehrenden Teuerung die Erkenntnis aufdämmerte, daß die „private Hand“ in diesen Dingen doch eine sehr harte Hand für die Stadtbevölkerung sei, und als schließlich rein finanzielle Rücksichten die wirtschaftstheoretische Befangenheit erschütterten, wendete man der kommunalen Produktion ein größeres Interesse zu. Die Wirtschaften wurden stärker bestockt, es wurden Mühlen, Schlägereien und Speicher eingerichtet, das Pachtsystem an Kleingärtner wurde planmäßig entwickelt, und die neuerdings geplante Gemüsebörse wird nicht bloß Kriegsunternehmen sein, sondern ist als Ausgangspunkt einer erweiterten Pflanze unserer Kieselprodukte, zumal des eiweißreichen Kieselgrases, zum Nutzen unserer Abmelkwirtschaften auch für Friedenszeiten zu betrachten.“ Es ist an der Zeit, auch in Wien der Kieselwirtschaft mehr Augenmerk zuzuwenden und mit den Abwässern Wiens nicht bloß die ungarische Donau-Fischerei zu bereichern.

Zu den Abwässern kommt noch die Kehricht- und die direkte Düngeraufuhr, von denen heute die eine gesundheitsgefährliche Kehrichtstätten schafft und die andere ganz der privaten Hand überlassen ist, die hinterher auf dem Wiener Marke im Juli eines segneten Jahres für zwei Stück Salzgurken eine Krone verlangt! Dazu kommen noch die fett- und eiweißreichen Küchenabfälle, wertvolle Futtermittel, die bisher beinahe gar nicht verwertet werden. Wenn einmal die Großstadtverwaltung in Händen von Leuten sein wird, die nicht von zünftlerischen Vorurteilen und agrarischen Jureignungen besessen sind, wird man das Kapital an Dung und Futter, über das die Großstadt verfügt, in Eigenbetrieben rationell nutzbar machen.

Drittens aber besitzt die Stadt ohne Zweifel die Markthoheit in ihrem Gebiet und die städtische Gewalt muß sich keineswegs all den Treibereien beugen, die heute mitten in ihrem Weichbild von Urrzeugern und Händlern aufgeführt werden. Besser erleuchtete Stadtverwaltungen werden die genossenschaftliche Selbsthilfe der Konsumenten eben nicht unterbinden, sondern bemüht fördern. Man beachte nur einen Gegenfall: Die Stadt Basel hat durch ihren Konsumverein den ganzen Milchmarkt bis tief hinein ins Flachland in der Hand — die Stadt Wien steht ganz unter dem Diktat des agrarisch-kapitalistischen „Milchwirteverbandes“. Basel hat gewacht und ist dem agrarischen Appetit zuvorgekommen, Wien hat geschlafen und einstweilen haben ihm Urproduzenten und Händler den Milchmarkt glatt weggenommen. Heute kann die Stadtverwaltung nur noch auf die Milchversorgung einwirken, wenn sie direkt zur Eigenzeugung übergeht. Das ist aber weit schwieriger als die Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Es ist eben ganz absurd, daß eine Großstadt durch Jahrzehnte statt Verbrauchspolitik Produzentenpolitik betreibt.

Die Grundsätze unserer Kommunalpolitik werden gründlich nachgeprüft werden müssen und viel Zeit wird dabei nicht zu verlieren sein.